

en, was angeblich der mangelnde Erfolg des gesamten Programms bei der Weisung, 18-20...
der von der Partei noch...
er und einige andere...
es auf über 200...
im allgemeinen mit...
weilens da, wo durch...
bedeutung des...
die Luft zur...
in Neuanlagen...
nicht eben groß.

achrichten.

vergangenen Nacht...
bringen eine...
er geblieben...
für Mann...
er Knappen...
Wohlfahrt...
e Braubanden...
solches...
1925...
somit...
wurde...
Mariendorf...
Februar...
wurde...
aber...
Sekretär...
Tragungen...
mit dem...
habe...
mit dem...
u. S. a. b. e. r...
Die...
ratungsg...
gehegt. Die...
entfand...
in kurzer...
Schläge...
dumungs...
sagen...
Bei den...
gegen drei...
Mittleram...
Abteilung...
net. Ein...
die Polizei...
Die...
gelacht. Der...
wurden...
in der...
sollen...
einen...
Spur...
Klausur...
gehalten. Am...
Dr. Koch...
das...
die...
auch...
werden...
Aus...
sich...
gegen...
in...
Zukunft...
ver...
soll...
Zeit...
abgeordnete...
den...
er...
Die...
am...
den...
S. a. b. e. r...
1925...
vom...
soll...
Agentur...
über...
haben...
Taa.

Gegen den Steuerdruck.

Wirtschaftspolitische Rundgebung der württ. Industrie.

Stuttgart, 28. Nov. Der Württ. Industrie- und Handelsverband, die württ. Industrieller und die Vereinigung der Arbeitgeberverbände veranstaltete heute vormittag im großen Saal des Stadthausens eine große wirtschaftspolitische Rundgebung, in der durch Vorträge von hervorragenden Führern des deutschen Wirtschaftslebens ein Gesamtbild der heutigen wirtschaftlichen Lage gezeichnet wurde. In dieser Tagung nahmen sich die Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe aus dem ganzen Lande in großer Zahl ein. Der Tagung zu der Vorbereitung war so groß, daß im Hofsaal der Landeshauptstadt noch eine Doppelverammlung abgehalten werden mußte. Als Vertreter der württ. Regierung hatten sich zu der Tagung Minister des Innern Böck und Finanzminister Dr. Döhring, als Vertreter der württ. Wirtschaftspolitischen Staatsrat Rau und Ministerialrat Müller, Präsident u. Vize von Landesgewerbeamt, Vertreter der Reichsanzeiger und Reichsfinanzverwaltung, Abgeordnete der bayerischen Landtag, als Vertreter der Stadt Stuttgart Oberbürgermeister Dr. Kautenschläger und Bürgermeister Dr. Zöllinger, Vertreter des Württ. Stadtags, des Württ. Landtags und des Verbands der Landesvereinigungen, der Direktor der Reichsanzeigerstelle Stuttgart, Polizeipräsident Müller, Vertreter der Württ. Landesvereinigungen, weiter noch Vertreter der Universität Tübingen und der Technischen Hochschule in Stuttgart. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Hermann Kaufmann, ließ die große Versammlung, insbesondere die Vertreter der württ. Regierung und des Landtags, begrüßen. Er sprach noch sein besonderes Bedauern aus, daß der württ. Staatspräsident und der württ. Finanzminister, in der der heutigen Tagung des Landeswirtschaftlichen Sachverständigen in Ulm abwesend sind und sich entschuldigt haben, was ebenfalls der heutigen Tagung beladenen können. Als Begrüßung der heutigen Rundgebung zeichnete der Vorsitzende ein am Wiederbau unserer Wirtschaftslebens interessierten Kreise, vor allem Regierung und Landtag, ein Bild von der heutigen wirtschaftlichen Lage zu entwickeln und damit darzutun, welche hohes Maß von Verantwortung zu tragen ist, wenn bei der heutigen ersten Lage Förderung und Vertiefung der Lebensbedingungen von Industrie und Handel nicht angemessen Rechnung tragen. Die Industrie sucht diesmal die Öffentlichkeit. Ihr Ruf geht nach heftiger Forderung und nach größerer wirtschaftlicher Freiheit. Als erster Redner sprach Johann Reichsminister a. D. Jann, Präsidentin des deutschen Industrie- und Handelsverbandes in Berlin über die wirtschaftliche Gesamtlage der deutschen Industrie unter besonderer Berücksichtigung des Steuerdrucks und der Außenhandelspolitik. Er erinnerte einmütig an den großen Weltkriegsfrieden, der als erster Kampf hingewiesen habe, daß die Verbundenheit der Welt mit dem eigenen Lande mit der Wirtschaft des gesamten deutschen Volkes vom Schicksal getrieben ist. Es ist heute wichtig, daß der Staat seinen Blick nicht auf die Industrie zu beschränken. So notwendig Vorkriegszeit und Handwerker in der Weltindustrie des Schicksal des deutschen Volkes befristet ist. Die Industrie will den Staat aber nicht beherrschen. In der Geschichte der Wirtschaft ist nichts anderes, als der Niedergang des Staates. Dies erfordert Ausgleich vom Staat her. Sie sind heute in einer härteren Bewegung und Spannung als je zuvor. Als wir in den Krieg gingen, hatten wir eine große wirtschaftliche Aufregung hinter uns. Dann kam die große Zerstörung im Krieg und nach dem Krieg. Die Industrie war auch für die Industrie eine Zeit der Stille. Die Industrie wurde immer wieder aufgegeben bis 1925. Nach dem Niedergang der Krise zu Beginn dieses Jahres kam das Stille der Depression, das heute noch anhält. So leben wir in der Zeit der größten Veränderung unserer Wirtschaft. Die Wirtschaft steht im Zeichen des Wiederaufbaus und Umbaus. Das ist kein nur sein Mehrwertzeugung und Mehrbeschäftigung. Aber der Weg dazu ist schwer. Wir haben wohl eine Senkung der Preise, aber noch nicht die Umwälzung an die Wirtschaft. Das wichtigste ist aber auch nicht die Preisfestsetzung, sondern die Arbeitslosigkeit, und hier sind Wirtschaft und Staat gefordert. Der Verzichtung der Kosten durch Rationalisierung darf man aber nicht einseitig durch Rationalisierung der Arbeit. Die kapitalistische Technik ist durch nichts anderes zu ersetzen. Das persönliche Unternehmertum muß sich Möglichkeiten erhalten bleiben. Auch der kollektiven Unternehmungsform sind Grenzen gezogen. Was kann nun vom Staat für die Wirtschaft geschehen? Das wichtigste ist: Einverständnis des Industriellen und der Wille, der Sozialstaat zum Ziele zu verfolgen. Wir brauchen auf lange Frist eine Umwälzung der staatlichen Belastung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine wohlvermessene Leistung der Handelspolitik. In Reich, Ländern und Gemeinden muß mehr gepulst werden, denn die Wirtschaft der Gemeinden müssen sich bemühen werden, daß Selbstverwaltung Selbstverantwortung bedeutet. Der Redner schloß mit dem Ausspruch, alle Kräfte der Wirtschaft zu einer Kraft zu vereinen.

Steuerföndgebung des Handwerks.

Stuttgart, 28. Nov. Die Arbeitgemeinschaft des württ. Handwerks veranlaßte heute vormittag in der neuerbauten Stadthalle eine große Steuerföndgebung. Trotz der Kälte in der Halle hielten die vielen Tagess, die aus dem ganzen Lande erschienen waren, bis zum Schluß aus. Wie die gestrige große wirtschaftspolitische Rundgebung der württ. Industrie, so richtete sich auch die heutige Rundgebung des Handwerks gegen den hohen Steuerdruck und vor allem gegen die im Landtag zur Verhandlung stehende Neuregelung der Gewerbesteuer. Der Versammlung wohnten bei als Vertreter der württ. Regierung Finanzminister Dr. Döhring, vom Landesgewerbeamt Präsident von Jelle, der Staatskommission für das württ. Handwerk, Regierungsrat Brändle, Vertreter der Stadt Stuttgart, des Städte- und Gemeindevorstandes, der Landeshauptstadt sowie zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete aller Parteien. Der Vorsitzende der Handwerkskammer Stuttgart, Gemeindevorstand Böck, eröffnete die Versammlung und erklärte, daß das Handwerk mit der heutigen Rundgebung keine Hebe plane und keinen Aufbruch machen, sondern mit Ernst und Würde den Standpunkt des württ. Handwerks vertreten wolle. Als Hauptredner sprach Johann Reichsminister a. D. Jann über die Industrie im Kampf um eine gerechte Steuerbelastung. Er führte aus: Bei der letzten Rundgebung des Handwerks im Januar galt es gegen das von der Reichsregierung geforderte Auswahlgeld gegen das Handwerk Stellung zu nehmen. Heute erleben wir Protest gegen den von der württ. Regierung eingebrachten Gewerbesteuerentwurf. Regierung und Landtag tragen die Verantwortung, wenn durch dieses Gesetz der Wirtschaftsfriede gekündigt wird. Wir erblicken in dem Entwurf den Willen zur Vergewaltigung. Unser Wunsch ist eine monatliche Bilanzprüfung gegenüber unserer Handwerkskollegen. Der württ. Finanzminister sollte zunächst an Schalter mit uns in den Kleberstand eintreten, da er selbst erklärt hat, daß die Wirtschaft keine Mehrbelastung mehr ertragen kann. Wir wollen aber die kausale Feststellung machen, daß im Gewerbebereich ein Anstieg um 100 Millionen Mark vom Finanzministerium erklärt worden ist (Jury des Finanzministeriums: Aber vom Steuerdruck!). Das Gesetz ist nur eine veränderte Einkommensteuer (Große Minder). Wird der Entwurf des Reichs, so steht die Regierung zwei bis drei Millionen Mark mehr Steuern aus dem Gewerbe als überbaut dargelegt sind (Wirtschaft. Jury des Finanzministeriums: Das ist nicht richtig!). Die Lage des Handwerks ist nicht so schlimm, als die der Landwirtschaft. Der Staat muß alle Stände klären. Wir leben in Württemberg die allerhöchste Gewerbesteuer von ganz Deutschland (Wirtschaft des Finanzministeriums: Restante Jurist). Der Vorsitzende hat die Versammlung mehrfach um Ruhe und mehr Ernst. Weitere Jurist: Den Vortag aufstellen! (Steuerdruck!). Der Redner wandte sich sodann gegen die Gebüdensteuer und gegen die Regiererei des Staates und der Gemeinden. Der Staatsfiskus erdrückt das Handwerk. Wenn Regierung und Landtag auch diesmal das Handwerk vergewaltigt, so bleibt und nicht anders übrig, als künftig in einem eigenen geschlossenen Wirtschaftsbund unsere Interessen zu vertreten (Vorbeter Beifall). Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der eine Mehrbelastung an Gewerbesteuer abgelehnt wird. Das Handwerk verlangt, daß die Stellung über die Aufhebung des persönlichen Arbeitsvertrages des Gewerbetreibenden gemindert wird. Sofern in einem Handwerksbetrieb mehrere Teilhaber vorhanden sind, muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß auch für den zweiten Teilhaber Abzüge am gewerblichen Reinertrag durch Aufhebung des persönlichen Arbeitsvertrages gemacht werden dürfen. Notwendig ist, daß bei der Veränderung des Gewerbesteuerfußes für 1925 ein erheblicher Abbruch an den außerordentlich hoch geschätzten Entkommen des Jahres 1925 vorgenommen wird. Weiterhin verlangen wir, daß auch die freien Berufe und die Vororganisationsverbände von öffentlichen Körperschaften der Gewerbesteuer unterstellt werden. Weiter wird in der Entschließung die Schaffung eines besonderen Gewerbesteuerzuschusses sowie die abschließende Veränderung des Gebüdensteuerfußes gefordert. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die anheftig lebhaft verlaufene Rundgebung geschlossen.

Ulm, 28. Nov.

Der Landesausschuß der deutschdemokratischen Partei nahm folgende Entschließung gegen die Steuerpolitik der Regierung an: Der heute in Ulm tagende, von allen Teilen Württembergs zahlreich besuchte Landesausschuß der Deutschen demokratischen Partei erhebt schonen Einbruch gegen den von der württembergischen Regierung eingebrachten Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes. Wird dieser Entwurf Gesetz, so bedeutet dies für den Mittelstand in Handel, Gewerbe und Industrie eine völlig untragbare Belastung. Besonders untragbar erscheint es der Landesausschuß, daß für das laufende Steuerjahr die hohen Einkommensteuereinkünfte des Jahres 1925 ohne geminderte Abzüge zugrunde gelegt werden, und daß für Verjahre ein viel zu hoher Normalertrag konstruiert wird. Die württ. Regierung verbindet mit diesem

gilt vor allem für die Sozialversicherung. Die Wirtschaft muß unter den heutigen veränderten Verhältnissen erste künftige Prüfung und Feststellung der Grenzen und Ziele der deutschen Sozialversicherung an Hand eines einheitlichen deutschen Sozialtarifs verlangen. Der Redner ging hierauf zu der Lohn- und Tarifpolitik über und verlangte, daß die Lohnverhältnisse nicht schematisch, sondern nach dem Prinzip des Leistungslohns und entsprechend der Produktivität des Unternehmens gestaltet werden. Die Stärkung der Kaufkraft des Substrates wird nicht durch nominelle Lohnerhöhung, sondern durch erhöhte Leistung, rationelle Betriebsführung und allgemeine Verbilligung der Arbeitsprodukte erreicht. Daher warte es ferner, wenn der Staat auf dem Weg der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsrichtern die Höhe bestimmt. Die Forderung der Gewerkschaften auf sofortige Rückkehr zum dematischen Nachhandlung bringt mit Sicherheit Einschränkung und Verteuerung. Als Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen muß heute von der verantwortungsbewußten Seite den vielfachen Wünschen und Forderungen der Arbeitnehmer entgegengetreten werden.

Als letzter Redner sprach Generaldirektor Dr. h. c. Küpper-Stuttgart über das Eindringen der öffentlichen Hand in das private Erwerbsleben. Es handelt sich hier um einen überaus wichtigen und irreführenden Problem, der die Wirtschaft (sogar) schädigt. Das Eingreifen der öffentlichen Hand ist nur da am Platz, wo das Publikum dem Monopol des Einzelnen ausgeliefert wäre. Die Ursache für das Ueberwiegen des Staates rührt von den vielen Kriegsgesellschaften her. Von der Konfuzus der öffentlichen Hand sind vor allem bedroht das ganze Baugewerbe, das Verkehrs- und Transportgewerbe, der Handel mit Vieh- und Milchprodukten, der Brennstoffhandel, Lebensmittelhandel, das Installationshandwerk, die Druckerei, das Bankwesen, das Versicherungsgewerbe. Auch die Landwirtschaft liegt über staatliche Eingriffe. Eine solche feste Sozialversicherung trägt die größte Gefahr für die Volkswirtschaft in sich. Das Vordringen der öffentlichen Hand bildet kein Korrektivmittel gegen die Macht der Kartelle und Syndikate und führt nur zu einer Verteuerung. Die Wirtschaft muß fordern, daß die öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen auf ihren früheren Aufgabebereich beschränkt werden oder daß menschenwürdige Betriebsverhältnisse geschaffen werden und unter gleichen feurlichen Voraussetzungen stattfinden.

Ulm, 28. Nov.

Die Wirtschaftspolitische Rundgebung der württ. Industrie, die heute in der Stadthalle stattfand, wurde von dem württ. Staatspräsidenten Dr. Döhring eröffnet. Er sprach über die heutige wirtschaftliche Lage und die Verantwortung der Wirtschaft gegenüber dem Staat. Er erinnerte an den großen Weltkriegsfrieden, der als erster Kampf hingewiesen habe, daß die Verbundenheit der Welt mit dem eigenen Lande mit der Wirtschaft des gesamten deutschen Volkes vom Schicksal getrieben ist. Es ist heute wichtig, daß der Staat seinen Blick nicht auf die Industrie zu beschränken. So notwendig Vorkriegszeit und Handwerker in der Weltindustrie des Schicksal des deutschen Volkes befristet ist. Die Industrie will den Staat aber nicht beherrschen. In der Geschichte der Wirtschaft ist nichts anderes, als der Niedergang des Staates. Dies erfordert Ausgleich vom Staat her. Sie sind heute in einer härteren Bewegung und Spannung als je zuvor. Als wir in den Krieg gingen, hatten wir eine große wirtschaftliche Aufregung hinter uns. Dann kam die große Zerstörung im Krieg und nach dem Krieg. Die Industrie war auch für die Industrie eine Zeit der Stille. Die Industrie wurde immer wieder aufgegeben bis 1925. Nach dem Niedergang der Krise zu Beginn dieses Jahres kam das Stille der Depression, das heute noch anhält. So leben wir in der Zeit der größten Veränderung unserer Wirtschaft. Die Wirtschaft steht im Zeichen des Wiederaufbaus und Umbaus. Das ist kein nur sein Mehrwertzeugung und Mehrbeschäftigung. Aber der Weg dazu ist schwer. Wir haben wohl eine Senkung der Preise, aber noch nicht die Umwälzung an die Wirtschaft. Das wichtigste ist aber auch nicht die Preisfestsetzung, sondern die Arbeitslosigkeit, und hier sind Wirtschaft und Staat gefordert. Der Verzichtung der Kosten durch Rationalisierung darf man aber nicht einseitig durch Rationalisierung der Arbeit. Die kapitalistische Technik ist durch nichts anderes zu ersetzen. Das persönliche Unternehmertum muß sich Möglichkeiten erhalten bleiben. Auch der kollektiven Unternehmungsform sind Grenzen gezogen. Was kann nun vom Staat für die Wirtschaft geschehen? Das wichtigste ist: Einverständnis des Industriellen und der Wille, der Sozialstaat zum Ziele zu verfolgen. Wir brauchen auf lange Frist eine Umwälzung der staatlichen Belastung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine wohlvermessene Leistung der Handelspolitik. In Reich, Ländern und Gemeinden muß mehr gepulst werden, denn die Wirtschaft der Gemeinden müssen sich bemühen werden, daß Selbstverwaltung Selbstverantwortung bedeutet. Der Redner schloß mit dem Ausspruch, alle Kräfte der Wirtschaft zu einer Kraft zu vereinen.

Ulm, 28. Nov.

Die Wirtschaftspolitische Rundgebung der württ. Industrie, die heute in der Stadthalle stattfand, wurde von dem württ. Staatspräsidenten Dr. Döhring eröffnet. Er sprach über die heutige wirtschaftliche Lage und die Verantwortung der Wirtschaft gegenüber dem Staat. Er erinnerte an den großen Weltkriegsfrieden, der als erster Kampf hingewiesen habe, daß die Verbundenheit der Welt mit dem eigenen Lande mit der Wirtschaft des gesamten deutschen Volkes vom Schicksal getrieben ist. Es ist heute wichtig, daß der Staat seinen Blick nicht auf die Industrie zu beschränken. So notwendig Vorkriegszeit und Handwerker in der Weltindustrie des Schicksal des deutschen Volkes befristet ist. Die Industrie will den Staat aber nicht beherrschen. In der Geschichte der Wirtschaft ist nichts anderes, als der Niedergang des Staates. Dies erfordert Ausgleich vom Staat her. Sie sind heute in einer härteren Bewegung und Spannung als je zuvor. Als wir in den Krieg gingen, hatten wir eine große wirtschaftliche Aufregung hinter uns. Dann kam die große Zerstörung im Krieg und nach dem Krieg. Die Industrie war auch für die Industrie eine Zeit der Stille. Die Industrie wurde immer wieder aufgegeben bis 1925. Nach dem Niedergang der Krise zu Beginn dieses Jahres kam das Stille der Depression, das heute noch anhält. So leben wir in der Zeit der größten Veränderung unserer Wirtschaft. Die Wirtschaft steht im Zeichen des Wiederaufbaus und Umbaus. Das ist kein nur sein Mehrwertzeugung und Mehrbeschäftigung. Aber der Weg dazu ist schwer. Wir haben wohl eine Senkung der Preise, aber noch nicht die Umwälzung an die Wirtschaft. Das wichtigste ist aber auch nicht die Preisfestsetzung, sondern die Arbeitslosigkeit, und hier sind Wirtschaft und Staat gefordert. Der Verzichtung der Kosten durch Rationalisierung darf man aber nicht einseitig durch Rationalisierung der Arbeit. Die kapitalistische Technik ist durch nichts anderes zu ersetzen. Das persönliche Unternehmertum muß sich Möglichkeiten erhalten bleiben. Auch der kollektiven Unternehmungsform sind Grenzen gezogen. Was kann nun vom Staat für die Wirtschaft geschehen? Das wichtigste ist: Einverständnis des Industriellen und der Wille, der Sozialstaat zum Ziele zu verfolgen. Wir brauchen auf lange Frist eine Umwälzung der staatlichen Belastung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine wohlvermessene Leistung der Handelspolitik. In Reich, Ländern und Gemeinden muß mehr gepulst werden, denn die Wirtschaft der Gemeinden müssen sich bemühen werden, daß Selbstverwaltung Selbstverantwortung bedeutet. Der Redner schloß mit dem Ausspruch, alle Kräfte der Wirtschaft zu einer Kraft zu vereinen.

Finanzminister Dr. Döhring zur Wirtschaftspolitischen Rundgebung.

Stuttgart, 28. Nov. Im Hinblick auf die große Wirtschaftspolitische Rundgebung der württ. Industrie hatten ihre Vertreter in den Kleberstand des Stadthausens Einladung zu einem Abendessen gegeben, um den Vertretern der beteiligten wirtschaftlichen Interessenvertretungen und geladenen Gästen Gelegenheit zu geben, sich im engeren Kreis und in ungezwungener Form über die bei der Rundgebung aufgeworfenen Fragen auszutauschen. Der Einladung wurde von zahlreichen Vertretern des Handels, der Industrie und des Gewerbes aus dem ganzen Lande Folge geleistet. Auch die Minister Böck und Dr. Döhring, Oberbürgermeister Dr. Kautenschläger und eine größere Zahl von Abgeordneten wohnten der Zusammenkunft bei. Der Präsident der Landeshauptstadt, Kommerzienrat Kaufmann, begrüßte die Gäste. Finanzminister Dr. Döhring dankte im Namen der Regierung für die Einladung und führte aus: Es ist für uns von Wert, zu hören und zu sehen, wo Sie der Schuld drückt. Ein Finanzminister muß gute Kenntnisse haben und da ist es gut, wenn er seine Herren geschäftlich ist. Ich habe heute Morgen in Ihrer Versammlung so ein Stillsitzen genommen (Beifall). Für die Steuerzahler ist es zwar gleich, ob er aus Reich, an den Staat oder die Gemeinden zu zahlen hat. Aber ich muß mich als württembergischer Finanzminister dagegen wehren, daß ich der Sündenbock für alles sein soll. Man muß richtig scheid zwischen Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern. Ich bin weder Reichsfinanzminister noch Oberbürgermeister von Stuttgart (Beifall). Wenn das Reich Steuern abbaut, so können es deshalb Länder und Gemeinden nicht gleichzeitig auch tun. Das merken wir besonders in Württemberg. Der heute Morgen gehört hat, wie Fabrikant Kofler vom Leder zog, der konnte den Eindruck gewinnen, daß der württembergische Finanzminister ein Raubtier ist, das sich auf die Wirtschaft fürzt, um ihr Blut zu saugen. Aber Herr Kofler hat sich einen Faden ausbinden lassen. Ich habe lediglich die Pflicht, 105 Millionen aus der Gewerbesteuer herauszubringen, nicht über 120 Mill., wie Herr Kofler berechnet. Dann hat man nur gefagt, ich solle die Wirtschaft in Ruhe lassen. Aber man konnte doch nicht einfach die frühere Gewerbesteuer aufrecht erhalten. Rebalen Sie die Herren wie ich und haben Sie das Vertrauen zur Regierung und zur Mehrheit des Landtags, daß diese es fertig bringen werden, einen gerechten Ausgleich in der Gewerbesteuer zu schaffen. Der Minister sprach dann die Verbilligung des Staates an der Unternehmung. Wir haben den Grundtag: Hand weg von solchen Tingen. Aber wenn wir von der früheren Regierung eine Unternehmung wie die Auto-Verkehrsgesellschaft übernommen haben, so dürfen wir sie nicht einfach liegen lassen, sondern wir müssen sie in Ordnung halten und gut fortführen. Der Staat hat nur so lange die Hand darin, als sich die Wirtschaft nicht daran befreit. Wenn Sie Lust haben, Aktien zu erwerben, so haben Sie Jenseit gern zur Verfügung (große Beifall). Die Württ. Rotenbank steht leuchtend. Die Kraftwerks-Gesellschaft ist vom Staat aus der Revolutionzeit übernommen worden. Der Staat ist bereit, auch hier seine Hand herauszuziehen. Die Ordnung im Staat kann nicht durchgeführt werden ohne Ordnung in den Finanzen. Wir treiben keine Beschränkungs- politik. Alle Ausgaben des Staates sind genehmigt worden, auch von der Demokratie. Bei den Steuern muß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Den Willen zur Steuererleichterung haben wir so gut wie der Reichsfinanzminister, aber wie müssen darnach streben, Kostenreduktion zu erzielen. Durch Vereinfachung der Verwaltung Erfordernisse zu erzielen, liegt uns sehr am Herzen. Ich habe heute dem Staatsministerium zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf über die Vereinfachung des Stellenverordnungsverfahrens vorgelegt. Der Minister erinnerte dann an einige wichtige Aufgaben des Staates im Interesse der Wirtschaft, vor allem die Notwendigkeit einer Schnellbahn Berlin-Überlingen-Stuttgart-Büdingen und teilte mit, daß demnächst Vorberedungen über diese Frage stattfinden werden. Eine weitere Aufgabe sei die Herstellung von Durchgangsstrassen. Schließlich erklärte der Minister, er sei geschäftlich und gewohnt, rein sachlich zu arbeiten. Der Finanzminister habe die Pflicht, wirtschaftend seine Wirtschaft- und Steuerpolitik zu treiben. Er dürfe sich nicht von den Stimmungen des Tages leiten lassen. Solange er Bürger der württembergischen Finanzen sei, wolle er nach diesen Grundsätzen handeln. Sein Ziel sei, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen den verschiedenen Erwerbsständen unseres Volkes. Dann werden sicherlich auch Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerk in Württemberg gedeihen. (Beifall). Fabrikant Kofler erwiderte auf die Ausführungen des Ministers, ein Mißverständnis aufzuklären.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Nov. Am Samstag legte der Reichstag die zweite Lesung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schand- und Schmutzschriften fort. Abg. Dr. Drey (Dem.) wirt die Frage auf, ob der Staat das Reich habe im Bereiche literarischer Produktion einzuwirken. Ein Reichstagsabgeordneter hob die demokatische Forderung sei das Gesetz ganz unannehmbar, wenn Bundespräsidenten mit Wirkung für das Reich blieben. Vor Abschluß sei das Gesetz sicher nicht geschloßt, jedoch würde seine Wirkung sein, daß sich in einiger Zeit die Schandverträge umgestellt haben werden. Abg. Behold (Wirtl. Bergg.) erklärte, daß seine Forderung vollkommen auf dem Boden des Gesetzes stehe, wie es aus dem Entwurf hervorgeht. Das Gesetz etwa Gefährden sei die höchsten Stellen erhalte, sei nicht anzunehmen; trotzdem dürfe man auch kritische Stimmen nicht außerhalb des Gesetzes

Er läßt sich nicht drausbringen.

Beim Kopfrechnen wird der kleine Erich gefragt, was sechs und vier sei. Er antwortet: „Nein!“ — „Falsch!“ — „Was?“ — „Wieder falsch! Denke doch ruhig nach: sechs und vier ist —“ — „Acht!“ — „Richtig, rufft der Lehrer: „Nein! sechs und vier ist zehn! Begeistert den das nicht?“ — „Nein, Erich, aber mittels Lächeln die Boden und log verständig: „Ich laß mich nicht drausbringen! Sie haben doch gestern selbst erlagt: fünf und fünf sei zehn. Also nicht sechs und vier. Ich wech es noch genau!“

Sportliche.

Fußball. Die Spiele am vergangenen Sonntag hatten in der Bezirksliga folgendes Ergebnis: Bödingen Karlsruhe — Ulm Wödingen 1:0, Sporn, Freiburg — Sportfreunde Stuttgart 2:1, H. C. Freiburg — S. F. Stuttgart 0:3, Stuttgarter Kickers — Sportklub Stuttgart 2:1, R. A. S. — S. F. R. Dillbronn 2:0. In der Kreisliga spielten sich R. U. Württemberg gegen Dillbronn auf Dödingen einen erbitterten Kampf, den Württemberg mit 2:3 für sich entschied. Germania Wödingen feierte den Pokalspieltag mit 4:0 ab, die Rotenweiser Wödingen gewannen gegen Adler Dillbronn 5:0 und Kickers gegen Germania Wödingen 5:1. In der B-Klasse gewann Reutlingen gegen Dödingen in überlegenem Spiel mit 12:0, Wödingen gegen Sporn mit 2:1 Toren. Die übrigen Vereine im B-Klasse-Bereich waren Dillbronn.

...erklärt, daß ihre Partei dem Gesetz nicht zustimmen werde, ohne Neubeschließung der Angelegenheit zu haben, obwohl sie wünscht, daß die Vorlage ihre Zustimmung finde. Die Landesversammlung seien die beste Lösung. Im Berliner Oberländerkreise wolle man nicht noch eine Berliner Schandprüfung haben. Abg. Rabe (D.D.) nannte das Gesetz weit besser, als das Reichstagsgesetz. Die Vorkämpfer würden ihm im ganzen zustimmen. Damit schloß die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung begründete Abg. Dr. Kautzsch (Soz.) sozialdemokratische Anträge, die den vorkämpferischen Jugend durch die Einrichtung guter Jugendbildungsstätten in allen Gemeinden verlangen. Es müsse festgestellt werden, ob unter das Gesetz nur solche Schriften fallen, die gleichzeitig als Schmutz und Schand zu betrachten sind. Reichstagsminister Dr. Rabe erklärte, das Gesetz richte sich ebenso gegen Schmutz, wie gegen Schand. Es kam eine Schrift für vom Schmutz fernhalten und doch Schand sein. Abg. Fischer (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, die Landesprüfungen durch eine oder mehrere Reichsprüfungen zu ersetzen. Nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrag soll die vom Ausschuss beschlossene Einführung, daß als Sachverständige besonders Vertreter der Kirche berufen werden sollen, gestrichen werden. Um 1 1/2 Uhr vertagte das Haus die Weiterberatung auf Montag 3 Uhr. Tagesordnung: Lebensmittelgesetz und Anträge zur Wiederherstellung.

Budget des französischen Kriegsministeriums.

Paris, 28. Nov. Die Kammer hat Sonntag abend das Budget des Kriegsministeriums angenommen. Als die Frage der Einberufung der Reservisten in der Einzelberatung zur Sprache kam und der Sozialist Reymond die Streichung des Artikels für die Einberufung der Reservisten für 1927 forderte, stellten Boninard und Kriegsminister Painlevé die Vertrauensfrage. Der sozialistische Antrag wurde abgelehnt, aber immerhin konnte er eine verhältnismäßig große Anzahl von Stimmen auf sich vereinen, denn 83 waren für die Wählung und 210 dagegen.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 26. Nov. Vor dem Amtsgericht hatte sich heute zu verantworten: Wilhelm Schwarz von Ermsmühl, O.H. Calw, 31 J. a., ledig, wegen Diebstahls im Rückfall. Im Oktober 1920 hat Schwarz an der Bahnlinie Wundorf-Ergenzingen den dortigen Bahnarbeiter zwei ältere Mützensäcke entwendet und verkauft. Anfangs November 1926 hat Sch. bei Schutzmaschinist Knäbler in Neuenbürg, in dessen Wohnung 30 Mark entwendet. Er wurde aber, da der Diebstahl sofort entdeckt wurde, gefangenommen und dem Amtsgericht Neuenbürg zugeführt. Das Geld hatte Sch. noch im Peltz und erhielt Schutzmaschinist Knäbler dasselbe wieder zurück. Sch. war der Diebstahl gefällig und wurde wegen eines einfachen Diebstahls (Diebstahl der zwei Säcke) mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Wegen eines Verbrechens des Diebstahls (bei Schutzmaschinist Knäbler, Diebstahl im Rückfall) wurde er mit einem Jahr und einem Monat Gefängnis bestraft. Die drei Monate Gefängnis werden in zwei Monate Haftstrafe umgewandelt und erhält Schwarz eine Bewährungsstrafe von einem Jahr drei Monaten, außerdem hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Magdalena Ederlein geb. 1892 in Oberstadt, hat in Widdach zwei goldene Ringe sowie eine Uhr im Gesamtwert von etwa 200 Mark unterschlagen. Strafe: drei Wochen und Tragung der Kosten des Verfahrens. — Friedrich Grohmann, 29 J. a., von Jeddernbach, Heinrich Bachmann, 45 J. a., Wilhelm Krüger 31 J. a., Aris Steinbrink, 16 J. a., Wilhelm Janda, 36 J. a., Eugen Raab, 27 J. a., von Neuenbürg und Wilhelm Regelmann, 31 J. a., von Neuenbürg standen wegen Diebstahls und Beihilfe vor Gericht. Die Genannten waren bei der Firma Chr. Metzger & Söhne in Neuenbürg in Arbeit, und war ihnen zur Vorkasse der Firma unterzeichnete Beile Leder und Fett zugekommen und für ihre Zwecke verwendet zu haben. Aus Grund des Verhandlungsergebnisses erhielt Grohmann 15 Mark, Bachmann 5 Mark und Krüger 5 Mark Geldstrafe und haben dieselben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Wegen Steinbrink wird das Verfahren wegen seines jugendlichen Alters und der Verursachung halber eingestellt. Janda, Raab und Regelmann wurden mangels des Beweises halber freigesprochen. — Robert Fröhlich, Feiler in Gammeler, war wegen Ausübung seines Gewerbes über die erlaubte Zeit polizeilich bestraft worden und hat Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Fröhlich brachte zu seiner Verteidigung vor, daß er die ganze Woche fast nichts zu tun habe und Samstag kommen eben viele Personen, sodass es ihm nicht möglich gewesen sei, auf die gesetzliche Zeit sein Geschäft zu schließen. Er habe es den Kunden schon des öfteren gesagt, daß er sein Geschäft nicht mehr offen halten dürfe und sich Ernte aussuche; er glaube, daß es nun besser werde. Das Gericht erkannte gegen Fröhlich wegen Verletzung gegen die Gewerbeordnung auf eine Geldstrafe von drei Mark und Tragung der Kosten des Verfahrens. — Karl Osmerschmidt von Bad Homburg war wegen Verletzung gegen das Kraftfahrzeuggesetz vom Stadtschultheißenamt Derrersalb mit zehn

Mark bestraft worden und stellte auch Antrag auf gerichtliche Entscheidung. Nach Einvernahme von zwei Zeugen sprach das Gericht dieselbe Strafe aus und Tragung der Kosten des Verfahrens. — Gottlieb Kolt, Mauerer von Oberndorf, 41 J. a., war wegen Diebstahls angeklagt. Im Laufe des vergangenen Sommers hatte K. in Oberndorf neben dem Wagner Karl Rein von Jeddernbach gearbeitet und demselben, wie durch das Zeugnis des Rein festgesetzt wurde, eine Stelle und einen Werkvertrag entzogen. K. erhielt vom Gericht wegen Verletzung des Rückfalls drei Monate Gefängnis und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Ludwig Schabbe, Mannheimer von Rotensal, 31 J. a., war ebenfalls wegen Diebstahls angeklagt. Im Laufe des Sommers hatte Sch. in dem Gartenzimmer des Bahnhofs in Derrersalb einen ihm nicht gehörigen Koffer an sich genommen. Sch. brachte vor, ihm sei kein Schirm auch weggenommen worden. Das Gericht erkannte gegen Sch. auf drei Monate Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens. — Alois Haas von Ottenhausen, 27 J. a., verheiratet, hatte sich wegen Betrugs zu verantworten. K. kaufte im Laufe des Jahres von dem 61 J. a. Fr. Knechtler in Gammeler 120 Stück Nohrenhosen, und verkaufte das Kaufgeld in Höhe von 176 Mark in Höhe zu bezahlen. K. verkaufte die Nohrenhosen nach Au Bruchsal, erhielt aber von dort das Geld auch nicht mit der Ablieferung und schließlich lagte Knechtler den Haas wegen Betrag an, obwohl K. inzwischen 30 Mark und 50 Mark an den K. bezahlt hatte. Das Gericht erkannte gegen K. auf 30 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens. — Fritz Bismarck, Landwirt und Goldhändler von Derrersalb, 45 J. a., war wegen Diebstahls angeklagt. Im September d. J. war Bismarck in Gammeler, um Holz abzuräumen und nahm von Tannenbäumen, welche der Firma Kempfenau in Gammeler gehörten und mit deren Schlaghammer gekennzeichnet waren, etwa einen Kammweg weg. An Stelle der Scherter brachte B. Rollen von Tannenholz an jene Holzbesitzer. Urteil: Bismarck wird an Stelle von sechs Tagen Gefängnis zu der Geldstrafe von 30 Mark und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. — Weiter wurde verhandelt die Verdingungsfrage des Osmerschmidt von Derrersalb gegen den Sandelbindermeister Ulrich Weich von dort. Wie festgesetzt wurde, hat O. an den Haas des Gefängnisstrafe Ottenhausen einen Brief geschrieben und Verdingungsbedingungen gegen D., welcher Vorstand des Vereins ist, gebunden. Weich suchte glaubhaft zu machen, daß er in Wahrheit berechtigter Interessen gebandelt habe. Das Gericht erkannte gegen ihn auf eine Geldstrafe von 30 Mark und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist erloschen in Schwann, dagegen neu ausgebrochen in den Gehöften des Wilhelm Gohl alt und Jakob Schmid in Birkenfeld, Diellingerstraße 43 und 47. Hiemegen sowie mit Rücksicht auf den Stand der Seuche in Vossenan und in den benachbarten Bezirken werden an Stelle der feierlichen Maßnahmen folgende seuchenpolizeiliche Anordnungen getroffen:

- I. A. **Sperrbezirk:** Vossenan und Birkenfeld je mit Feldmark.
- B. **Beobachtungsgebiet:**
 - 1. Im Oberamtsbezirk Neuenbürg: Gesamtgemeinde Derrersalb und Leilort Oberndorf, Gemeinde Gräfenhausen, sowie mit Rücksicht auf den badischen Seuchenort Bächenbrunn: Gögelsbrand, Grunbach und Salmbach.
 - 2. In den badischen Bezirken Forzheim und Kastatt: Bröhligen, Diellingen und Gernsbach.
- C. **15 Km. Umkreis:** Sämtliche Bezirksgemeinden mit Ausnahme von Veinberg, Raissenbach und Untertengenhardt, ferner Unterreichenbach und Derrersalb, O.H. Calw, sowie die nicht mehr als 15 Km. von den Seuchenorten entfernten badischen Gemeinden.

II. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh ohne oberamtliche Genehmigung nicht entfernt werden. Im 15 Km. Umkreis ist die Abhaltung von Klauenviehmärkten und marktähnlichen Veranstaltungen (Tierzäune, Ausstellungen und Prämierungen, wenn dabei Klauenvieh feilgeboten oder gehandelt wird) verboten, ebenso der Handel mit Klauenvieh, insbesondere auch das Auffuchen von Vorstellungen und das Kaufen durch Händler.

Den Viehhältern wird wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß jeder Fall eines Verdachts oder Ausbruchs von Maul- und Klauenseuche unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen ist; die Verheimlichung oder Verzögerung der Anzeige unterliegt empfindlicher Bestrafung, im übrigen entfällt auch jede Viehseuchenschädigung.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger werden beauftragt, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften, insbesondere die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen von außerhalb Württemberg zu überwachen, ferner bei Zuwiderhandlungen jeder Art sofort die erforderlichen Vorkehrungsmaßnahmen zu verfügen bzw. zu veranlassen und gleichzeitig mit Anzeigen vorzugehen. Eine erfolgreiche Bekämpfung der außerordentlich gefährlichen und schädigenden Seuche wird nur möglich sein, wenn die behördlichen Anordnungen von allen beteiligten Kreisen durchgeführt werden. Für ordnungsgemäße Befolgung des Vorstehenden wollen die Herren Ortsvorsteher alsbald Sorge tragen.

Neuenbürg, den 29. Nov. 1926. **Oberamt: Lempp**

Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.

Durch rechtskräftigen Beschluß der II. Zivilkammer des Landgerichts Tübingen vom 5. November 1926 ist das Konkursverfahren über das Vermögen der Amalie Bähler Witwe in Derrersalb, aufgehoben. Den 26. November 1926

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag, den 30. Nov., abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Einführung des Gemeinderatsmitglieds Gegenheimer. 2. Kaufsachen. 3. Sonstiges. Stadtschultheiß Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Donnerstag, 2. Dez. Krämermarkt. Der Schweinemarkt darf wegen Seuchengefahr nicht abgehalten werden. Stadtschultheiß Knodel.

Neuenbürg.

Morgen Dienstag Mehelsuppe. „Grüner Baum“.

Bersch. Möbel

im Auftrag billig zu verkaufen Schlafzimmer, hell eichen 2-ig Spiegelschrank, Bettstellen, Waschkommode, und Nachttische mit Spiegelauflage u. Marmor u. Röhren nur 840 Mark, 1 Rolladenschrank Höhe 2.50 Mtr., pol. Büffel, mehrere pol. Schränke, pol. Vertikal, Waschkommode, Bettstellen, einzel u. paarweise, Polstermöbel, Matratzen, Regulatoren versch. Spiegel und Bilder u. a.

Centrale Hrd. Schöttle, Forzheim, Dillstr. 18, Telef. 2165.

Klein-Auto, 2 fzig

1 fzig., auch als Lieferwagen verwendbar, im Auftrag zu verkaufen. Zahlungsvereinfachung. Anzusehen bei G. Kern, Rot. Rep. Werkst., Forzheim, Westl. 140, Telef. 3417

Birkenfeld.

Das Stromgeld ist unter Angabe des Zählerstandes sowie die Gebühr für Klingelstrom, zu zahlen Buchst. A-K am 1. Dezember je 9 bis 12 Uhr und L-M „ 2. „ „ 1 bis 7 Uhr. T-Z „ 3. „ „ 7 Uhr. **Härdler.**

Abschiedsfeier.

Freunde und Bekannte des am 1. Dezember d. J. von hier scheidenden Herrn Amtmann Dr. Heckel treffen sich am Dienstag, 30. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Bären“ in Neuenbürg. **Oberamtmann Lempp.**

Ottenhausen, 28. Nov. 1926.

Todes-Anzeige.

Bekannt, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager **Karl Schönthaler,** Bärentwirt, nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 41 Jahren sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen: **Ernestine Schönthaler,** geb. Schaber, mit Kindern Emilie und Karl. Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/4 Uhr statt.

Für direkte Fabriklieferung

Papierhölzer,

Fichte und Tanne, 1 und 2 Meter lang, entindet, laßt jedes Quantum **Adam Fehr, Altensteig,** Telefon Nr. 74.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Wirt. Offizierbund

Bezirksgruppe Neuenbürg. Wir bitten um zahlreichste Beteiligung beim **Wahl** von Herrn Kamerad Dr. Heckel am Dienstag den 30. d. M., abends 8 Uhr, im Gasthof „Bären“ in Neuenbürg. **Birkenfeld.**

Suche

1- od. 2 Familien-Wohnhaus, in das sich ein Laden einrichten läßt, zu kaufen oder zu tauschen gegen Einamilienhaus mit Scheuer, Stallung und großem Garten. Angebote unter Nr. 250 an die Geschäftsstelle d. Blattes. 1 Kuhl. pol.

Klavier

in vorzähl. Zustande, 1 Mahog. pol. **Flügel**

250x130, sehr gut im Ton, zu günstigen Bedingungen im Auftrag zu verkaufen. **Centrale H. Schöttle,** Forzheim, Dillstr. 18. Verkaufte zwei 1926

Zucht-Farren

(Kaisers) 12 und 14 Monate alt mit Garantie. **Job. Rupp, Dillstr. 18, Stat. Derrersalb.**

Zu verkaufen:

Klotz-Motorrad,

1.42 Steuer-P.S. / 4.5 Vork. P.S., 1 Zylinder, 3 Ganggetriebe, Tachometer, Beleuchtung, Seitenst. 20. **Fichte, Dillstr. 20, Stat. Derrersalb.**

Hand-Datunstempel

für Kausleien und Büros sind sofort lieferbar. **G. Weidlich, Buchdruckerei.**

Malaga gold

feinst alt, per Flasche RM. 1.60. **Friedr. Knöllner,** Weinhandlung, Dillen a. G.

Schwäbischer Merkur, Stuttgart
Gegründet 1788
Führende Tageszeitung Württembergs / Täglich zwei Ausgaben
Größter Handelszettel / Erfolgreichstes Anzeigenblatt / Wertvoller Stellenmarkt
Bezugspreis Mk. 3.50 im Monat / Anzeigenzellenpreis 35 Pfg. / Für Exportanzeigen
Auslandswochenausgabe des Schwäbischen Merkur